

deklarierten Abfälle“ lagern. Genau das war der Fall.

Hochst-offiziell schlummerten in der Altdeponie nur harmlose Stoffe wie „Bauschutt“ oder „Flugasche“. Doch schon bald nach Beginn der Umlagerung wurden, so ein interner Vermerk des hessischen Umweltministeriums, auf der Hausmüll-Deponie „erhebliche Überschreitungen“ von allen möglichen Grenzwerten entdeckt.

Die Ablagerung solcher Stoffe auf der Hausmüll-Deponie, nach dem Abfallgesetz verboten, wurde im Nachgang von den hessischen Behörden ebenso genehmigt wie der Abtransport mancher anderen „Überraschung“ (Lühr), die der Chemiekonzern nicht offengelegt hatte.

Aus der vermeintlichen Mustersanierung war eine neue Altlast entstanden. Das erwies sich vollends, als die Staatsanwaltschaft die Hoechster Ablagerungen in Buchschlag anbohren ließ und das Tausensteiner Fresenius-Institut auf Dioxine und Furane stieß – beides Gifte, die Krebs auslösen können.

Umweltminister Weimar verharmloste die Gefahr: Bei den Funden handele es sich um Dioxin-Abarten, nicht um das supergiftige „Seveso-Dioxin“. Das Darmstädter Öko-Institut konterte: „Es gibt kein ungiftiges Dioxin.“

Derweil stellen Beamte in Weimars Ministerium längst Planspiele an, wohin das Giftzeug geschafft werden könnte, wenn es denn aus der Hausmüll-Deponie wieder ausgebaggert werden muß. „Die Menge ist so riesig“, sagt ein Umweltkontrolleur, „uns fällt dazu nichts ein.“

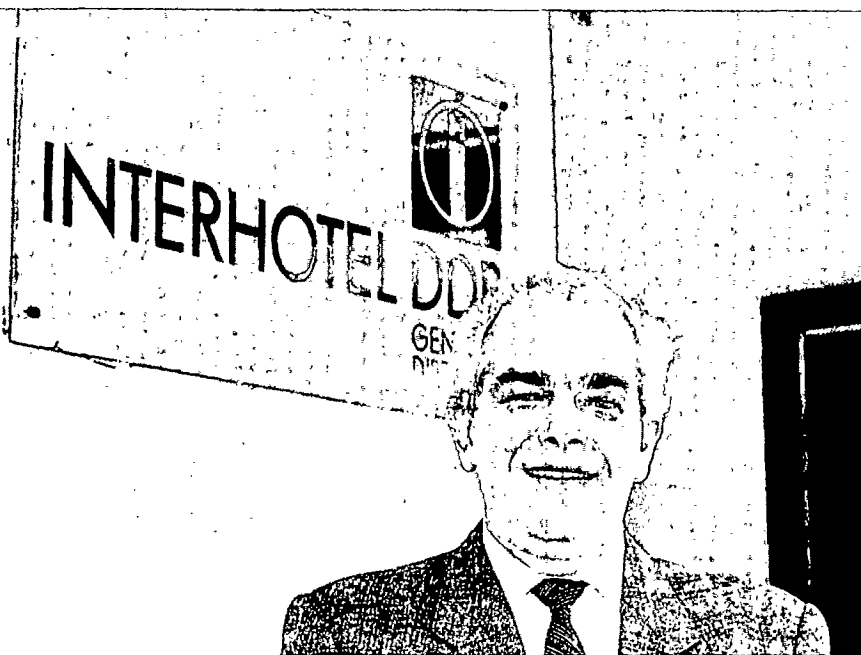
Hilfe kommt vielleicht vom neuen Frankfurter Umweltdezernenten, dem Grünen Tom Koenigs. Der will eine neue Hausmüll-Deponie im Frankfurter Stadtwald errichten – Verunreinigungen durch den Hoechster Müll wären dort nicht mehr meßbar: Der Untergrund ist bereits verseucht. Dort betrieb, bis vor 20 Jahren, die Stadt Frankfurt schon einmal eine Mülldeponie.

Spielbanken

Schicker Standort

In Ost-Berlin eröffnet das erste staatlich lizenzierte Spielkasino der DDR – pünktlich zur Währungsunion.

Karl-Heinz Bringer, 45, ein altgedienter DDR-Hotelfachmann, hielt sein Land schon lange für rückständig. Über ein Jahrzehnt, erinnert sich Bringer, zuletzt Erster stellvertretender Direktor des Ost-Berliner Devisen-Gasthofs „Metropol“, hätten die



Kasino-Direktor Bringer: Rechtzeitig die Pfründe gesichert

Manager der staatlichen Interhotel-Kette SED-Oberen in den Ohren gelegen.

Den vorwiegend westlichen Gästen ihrer Etablissements, hatten die Hoteliers gedrängt, müsse unbedingt ein kapitalistisches Amüsement geboten werden. Eine Spielbank, findet Bringer, „gehört einfach als Unterhaltungsleistung zu einem gehobenen Tourismus“.

Doch mit dem Proletarier Erich Honecker war darüber nicht zu reden. Zwar pflegten die SED-Bonzen in den Gästehäusern der Regierung um hohe Beträge zu pokern. Aber das einzige Zugeständnis der sozialistischen Obrigkeit an den Spieltrieb des einfachen Volkes waren Lotto und Toto des VEB Vereinigte Wettspielbetriebe, wo die DDR-Bürger ihr Geld verzocken durften – jährlich mehr als eine Milliarde Ost-Mark.

Weder ließ sich der puritanische Kommunist Honecker von dem Argument umstimmen, daß die DDR neben Albanien und Rumänien das letzte spielbankfreie Reservat in Europa sei, noch von der Aussicht, Westler schröpfen zu können.

Nach Honeckers Entmachtung geht der langgehegte Wunsch der Interhoteliers endlich in Erfüllung. Vom Freitag dieser Woche an rollen im 37. Stock des Hotels „Stadt Berlin“ am Alexanderplatz die Roulette-Kugeln, werden Karten für Bakkarat und Black Jack gemischt, scheppern die Münzen in Spielautomaten – Spielwährung ist, schon vor der Währungsunion, allein die West-Mark.

Die Regierung des Hans Modrow (PDS) hatte der Interhotel-Kette kurz vor dem endgültigen Ende der Genossen-Herrschaft noch schnell die Pfründe gesichert: Am 13. Februar erteilte ihr der Ministerrat die Konzession für alle künf-

tigen Spielbanken auf dem Gebiet der jetzigen DDR – für 25 Jahre. „Ohne unsere Zustimmung“, freut sich Bringer, nunmehr Direktor der neugegründeten „Casino Berlin GmbH“, „kann niemand in der DDR eine Spielbank eröffnen.“

Bereits im November 1989 hatte Bringer den Auftrag erhalten, mit möglichen Partnern „Sondierungsgespräche zu führen“. Die Goldgräber-Stimmung in Deutschland-Ost und die Gewißheit, daß Spielbanken soviel wert sind wie das Recht zum Gelddrucken, lockten vor allem „Finanzhaie“ (Bringer) an.

Unter den mehr als 20 Bewerbergruppen waren die meisten, erkannte Bringer rasch, „auf Dummenfang aus“. Der Kasino-Chef: „Die wollten andere die Kasinos betreiben lassen und selber nur abkassieren, aber das können wir auch alleine.“

Den Zuschlag erhielt die Westdeutsche Spielcasino Service GmbH in Münster. Dieses Unternehmen, eine Tochter der Westdeutschen Landesbank, betreibt bereits in Bremen und demnächst auch in Kassel Spielbanken; eine Schwestergesellschaft, die Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co. KG, hat die Lizenz für alle drei Kasinos in Nordrhein-Westfalen. An dem neuen Gemeinschaftsunternehmen, der „Neuen Deutschen Spielcasino GmbH“, sind die DDR-Hoteliers mit 51 Prozent, der West-Partner mit 49 Prozent beteiligt.

Die Wahl der DDR fiel auf die Münsteraner Spielbanker, weil deren Muttergesellschaft der DDR weiterreichende Entwicklungshilfe leisten kann: Als das Valuta-Reich des SED-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski zusammenbrach, stockten auch die Arbeiten am „Haus der Unterhaltung und Ga-

Frankfurt

Matt im Brunnen

Frankfurts Oberbürgermeister Volker Hauff verärgert die Genossen: Er wird dem Vorgänger Wallmann immer ähnlicher.

Die Kandidatin Linda Reisch, 39, fühlte sich schon „ausgepowert“, noch bevor sie sich zur Abstimmung als neue Frankfurter Kulturdezernentin stellte.

Vor allem ihre eigene Partei, die SPD, hatte sie monatelang gezaust. Mal kamen Finanzkalamitäten beim parteieigenen „Kulturforum“, dem sie sechs Jahre vorstand, an die Öffentlichkeit, mal Zweifel an ihrer Eignung als Kulturpolitikerin, mal anzügliche Bemerkungen, sie verdanke das 11 000-Mark-Angebot ihrem Lebensgefährten und SPD-Promi Peter Glotz. So wählte sie sich denn bereits „zum Abschluß freigegeben“.

Doch beim Wahlgang, vergangenen Donnerstag im historischen Römer, guckte ein anderer ernst und ausgepowert von der Regierungsbank herab: SPD-Oberbürgermeister Volker Hauff, 49. Ihm drohte tatsächlich der Abschluß. Er hatte die Kandidatin im Alleingang durchgesetzt und konnte am Ende der Stimmen aus den eigenen Reihen nicht mehr sicher sein.

Die Sache ging noch mal gut, die Hauff-Favoritin Reisch wurde gewählt.



Frankfurter OB Hauff
„Mach mal, wie du meinst“

stronomie“, einem ehrgeizigen Projekt nahe dem „Grand Hotel“ an der Ecke Friedrich- und Leipziger Straße, mit dessen Bau 1987 begonnen worden war. „Wir mußten“, erläutert Bringer, „einen Partner finden, der das Haus fertigbaut.“

Das protzige achtgeschossige Freizeitzentrum wird außer der Spielbank Restaurants, Bars, eine Disco und ein Fitneß-Center aufnehmen. Die Westdeutsche Landesbank streckte erst mal 100 Millionen für das künftige Spielbank-Domizil vor, das im März nächsten Jahres bezugsfertig sein soll.

Die neuen Teilhaber aus dem Westen müssen fürs erste auch das Spielbank-Personal stellen. Für den Ost-Berliner Spieltempel werden rund 160 Croupiers benötigt. In Zeitungsanzeigen suchten die Kasino-Konzessionäre bereits „Croupier-Anfänger“, „junge Herren und in begrenztem Umfang auch Damen im Alter von 19 bis 24 Jahren“, aber bis die ihre Ausbildung absolviert haben, vergehen mehrere Jahre.

Von den 247 Bewerbern (Bedingungen laut Ausschreibung: „hohe Konzentrationsfähigkeit, manuelles Geschick, verbindliche Umgangsform“) wurden 91 ausgewählt, denen Mitarbeiter der Westdeutschen Spielcasino Service GmbH in Schnellkursen die wichtigsten Handgriffe beibringen.

In West-Berlin hält sich die Begeisterung über den neuen Amüsierbetrieb im Osten in engen Grenzen. Denn in Berlin wird es künftig als einziger Stadt in Deutschland zwei Spielbanken geben.

Das Ost-Kasino, befürchtet Peter Hosemann, Geschäftsführer der West-Berliner Spielbank im Europa-Center, werde wohl zu einer „echten Konkurrenz“, zumal die Lage nahe dem Potsdamer Platz, dem wiederentstehenden Zentrum von Gesamt-Berlin, ein „schicker Standort“ sei. Hosemann moniert vor allem, daß beide Kasinos unterschiedlich besteuert würden. Vom Bruttospielerslös (1989: 74,6 Millionen Mark) führt die West-Spielbank rund 90 Prozent an das Land Berlin ab – ein Steueranteil, wie er auch sonst in der Bundesrepublik üblich ist. Die Ost-Spielhölle braucht jedoch, laut Spielkasino-Anordnung der DDR vom 27. März, in den ersten drei Jahren nur 70, später 80 Prozent an die Kommune abzugeben.

Der West-Berliner Senat, fordert Hosemann, solle für eine Angleichung sorgen, am liebsten auf ebenso niedrigem Steuer-Level. „Wenn alles eins ist“, konzidiert Finanzsenator Norbert Meisner (SPD), müsse „man sehen, daß die Abgabe harmonisiert wird“. Angepaßt, warnt er die Spielbank-Gesellschafter vor falschen Hoffnungen, werde aber „bestimmt nicht nach unten“.

Doch Zitterpartien wie diese sind mittlerweile typisch für die Stimmung in der Frankfurter SPD: Der Stadtchef stößt immer häufiger auf Unwillen in den eigenen Reihen.

Dabei las die Partei vor elf Monaten, zu seinem Amtsantritt, ihrem Spitzenmann noch jeden Wunsch von den Augen ab. Nach dem knappen Wahlsieg nahmen es die Genossen klaglos hin, daß der neue OB alle profilierungsträchtigen Ressorts wie die für Umwelt, Frauen und Ausländer dem kleinen grünen Koalitionspartner überließ.

An den grünen Koalitionären lag es denn auch nicht, daß Hauff am Donnerstag vergangener Woche nur haarscharf an einer schweren Niederlage vorbeischrämte. Die Alternativen gehören in Frankfurt allesamt zum realpolitischen Flügel und sehen sich zum Koalitionserfolg verdammt. Deshalb stützen sie das Stadtoberhaupt, sagt einer ihrer Abgeordneten, „manchmal bis hart an die Grenze der Selbstaufgabe“.

Kritischer ist die eigene Partei. Der einst als „Macher“ gerühmte Hauff rede zuviel über „Dialog und Konsens“, rügt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Klaus Sturmfels, „aber er entscheidet nicht“. Und der SPD-Stadtverordnete Karl-Heinz Berkemeier vermutet gar, Hauff leide, „Entscheidungsschwäche hin oder her“, vor allem an Oberflächlichkeit: ein „Überfliegersyndrom“.

Die Formschwäche ihres Stadtoberhaupts verärgert nicht nur die Genossen in Frankfurt. Mit einem strahlenden Hauff an der Spitze der Metropole, so hoffte die Landes-SPD, sollte bei der Landtagswahl im Frühjahr 1991 die Rückeroberung der Wiesbadener Staatskanzlei gelingen.

Strahlend und dynamisch – das war der Ruf, der dem Politiker vorauslief. In den 20 Jahren seiner Karriere hatte sich mancher Erfolg rasch eingestellt, und immer war er der jüngste Amtsinhaber seiner Zeit: als Bundestagsabgeordneter 1969, drei Jahre später schon als parlamentarischer Staatssekretär und 1978 als Forschungsminister.

Der Glanz ist ab. Noch sei zwar, meint ein grünes Magistratsmitglied, der neue OB „nicht endgültig gescheitert“, aber: „Das Kind schwimmt matt im Brunnen.“

Matt wirkt die Kommunalpolitik des OB: Außer einem „Umweltticket“ für den öffentlichen Nahverkehr hat seine Stadtregerung noch nichts Vorzeigbares zuwege gebracht.

Konturenlos finden die Genossen sein politisches Profil –